

Sanierungskonzepte und Insolvenzanfechtung

Entscheidung des BGH vom 14.06.2018 (IX ZR 22/15)





- Die spätere Insolvenzschuldnerin (eine GmbH & Co. KG) hatte beträchtliche Steuerschulden beim später beklagten Fiskus. Eine Ratenzahlungsvereinbarung mit Vollstreckungsaufschub aus dem Februar 2010 konnte nicht eingehalten werden.
- 21.12.2010: Mitteilung nicht hinreichender Zahlungsfähigkeit und geplanter Abwicklung des Unternehmens mithilfe eines außergerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens (inkl. Teilverzicht des Fiskus).
- **11.02.2011:** Der Fiskus stimmt dem Konzept unter der Maßgabe zu, dass die Schuldnerin alle laufenden steuerlichen Verpflichtungen pünktlich erledige und die überwiegende Mehrheit der anderen Gläubiger diesem Verfahren ebenfalls zustimmen. Die Gewährung eines Teilerlasses der Verbindlichkeiten erfolgte am 16.09.2011.
- Die Schuldnerin meldete am 21.03.2012 Insolvenz an. Die Verfahrenseröffnung erfolgte am 01.04.2012.
- Der Insolvenzverwalter klagt auf die Rückzahlung der zwischen Mai 2010 und Februar 2012 an den Fiskus geleisteten Zahlungen – Anspruchsgrundlage: **§§ 133 Abs. 1 a. F., 143 InsO**
- Das Landgericht gab der Klage vollumfänglich statt, das Berufungsgericht hob das Urteil auf. Der Kläger legte Revision beim BGH ein.



- **Kontext - § 133 Abs. 1 S. 2 InsO:** wenn Kenntnis des Gläubigers von drohender Zahlungsunfähigkeit und Gläubigerbenachteiligung vorliegt, wird die Kenntnis des Benachteiligungsvorsatzes des Schuldners widerleglich vermutet. Widerlegung der Vermutung idR, wenn angefochtene Rechthandlung Bestandteil eines ernsthaften Sanierungsversuches ist (vgl. BGH NZI 2016, 636, m.w.N.).
- **Zeitraum 1 - ab 11.02.2011** (nach Zustimmung): Gläubigerbenachteiligungsvorsatz und Kenntnis des Beklagten i. S. d. §133 Abs. 1 InsO gegeben, da Anforderungen an ein taugliches **Sanierungskonzept** im vorliegenden Fall **nicht** erfüllt sind:
 - **Notwendig:** schlüssig, auf Tatsachen basierend, mit Umsetzung begonnen sowie ernsthafte Erfolgsaussicht → Beurteilung aus Sicht eines unvoreingenommenen branchenkundigen Fachmanns – nicht notwendigerweise IDW S6.
 - **Inhaltlich:** Verlustanalyse und Möglichkeit künftiger Verlustvermeidung; Beurteilung der Erfolgsaussichten und künftiger Rentabilität des Unternehmens; Maßnahmen zur Vermeidung/Beseitigung der Insolvenzreife.
 - **Bei Sanierungsvergleich zudem:** konkrete Angaben zu Verbindlichkeiten, Gläubigern und erforderlicher Erlassquote; Zustimmungsquote für Gläubiger nach Schuldenstand; Umgang mit Nichtzustimmung von Gläubigern; ggf. Aussichten auf frisches Kapital.
 - **Darlegungs-/Beweislast:** nach Kenntnis von drohender Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerin seit Februar 2012, ist der Anfechtungsgegner vorliegend beweisbelastet für ein Handeln aufgrund schlüssigen Sanierungsplans
 - **Hier:** aus den Feststellungen des Berufungsgerichts ist die Einhaltung der o. g. Anforderungen nicht ersichtlich, bspw. fehlende Angaben zu Großgläubigern; zudem ist der Zeitpunkt der Kenntnis des Beklagten von dem Sanierungskonzept nicht ersichtlich.

Entscheidung des BGH



- **Zeitraum 2 - bis 11.02.2011** (vor Zustimmung): Anfechtung nach § 133 Abs. 1 S. 1 InsO gegeben.
 - Hier lag noch keine Kenntnis von dem Sanierungskonzept vor, sodass § 133 Abs. 1 S. 2 InsO aufgrund der am 21.12.2010 mitgeteilten drohenden Zahlungsunfähigkeit unproblematisch gilt.
 - Zudem Gläubigerbenachteiligung i. S. d. § 129 Abs. 1 InsO trotz Vortrag, es sei im Rahmen eines die Krise beendenden erfolgversprechendes Sanierungskonzept gehandelt worden.
 - Grund: letztlich konnte Insolvenz nicht abgewendet werden.
- Revision hat Erfolg – Aufhebung des Berufungsurteils und Zurückverweisung an das Berufungsgericht erfolgt.



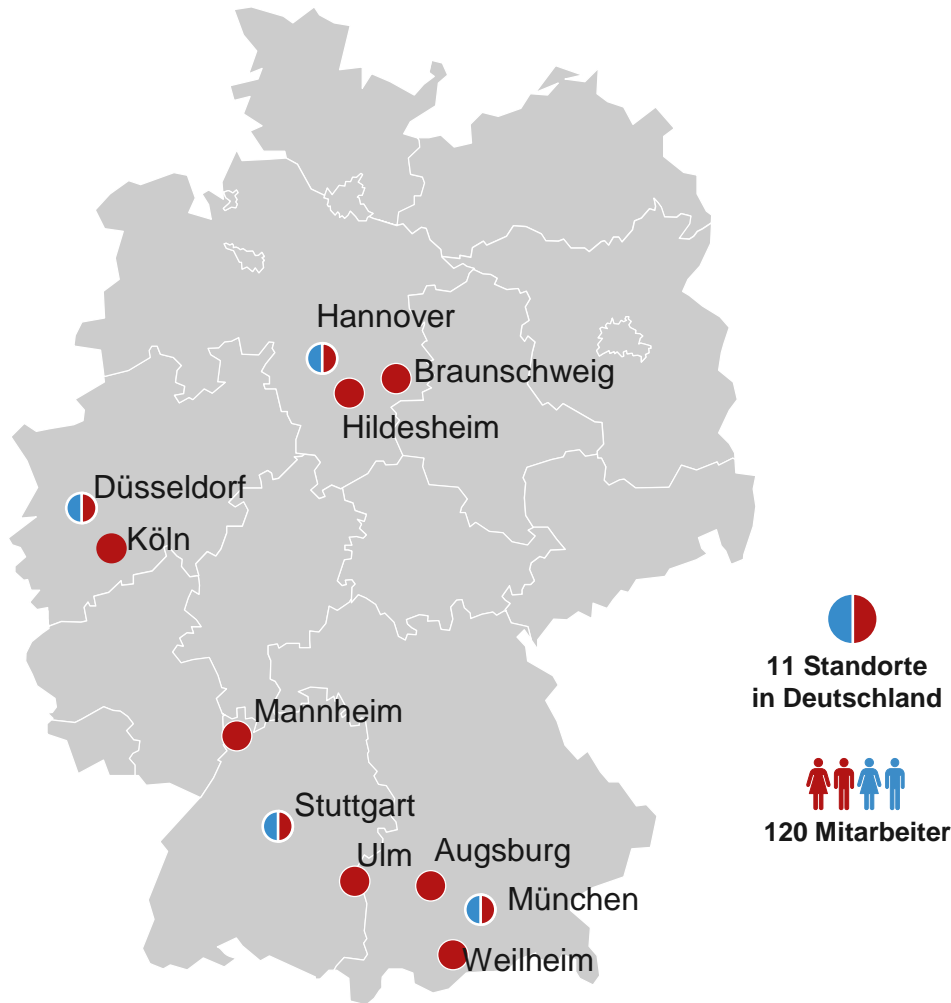
■ Folgen für Gläubiger:


- Gläubiger sollten Sanierungskonzepte hinsichtlich ihrer inhaltlichen Vollständigkeit anhand der Anforderungen des BGH prüfen; siehe dazu auch: BGH, Urt. v. 12.05.2016 - IX ZR 65/14 = NZI 2016, 636.
- Sollte der Schuldner die vollständige Auskunft verweigern, könnte der Gläubiger einen etwaigen Schuldenerlass von der Auskunftserteilung durch den Schuldner abhängig machen.
- Zudem ist die Dokumentation des Zeitpunkts der Kenntniserlangung vom Sanierungskonzept wichtig, da erst ab diesem Zeitpunkt Kenntnis von ernsthaftem Sanierungsversuch zur Widerlegung der Vermutung des § 133 Abs. 1 S. 2 InsO in Betracht kommt.
- Maximale Risikovermeidung wird jedoch nur durch fachmännische Prüfung des Sanierungskonzepts zu erlangen sein.

■ Beachte:

- Entscheidung des BGH erging zu §133 InsO a. F., sodass etwaige Auswirkungen des neuen §133 Abs. 3 S. 2 InsO nicht behandelt werden.

anchor Rechtsanwälte / anchor Management



 **anchor** – spezialisiert auf
MANAGEMENT

- Interim Management in Sonder-, Krisen- und Insolvenzsituationen auf Geschäftsführungs- und Vorstandsebene (CEO, CFO und CRO)
- Umsetzung von strategischen, finanziellen und operativen Restrukturierungsmaßnahmen und -konzepten.

 **anchor** – spezialisiert auf
RECHTSANWÄLTE

- Insolvenzrecht mit Schwerpunkten in den Bereichen Krisenberatung und Sanierung sowie Eigen- und Insolvenzverwaltung, Treuhand-Modelle und Liquidationen.

www.anchor.eu